

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
I. Kernproblem	3
II. Gang der Untersuchung	6
 Erster Teil: Die Rechtsberatungstätigkeit der Handwerkskammern	 9
A. Die Handwerkskammern als „Dienstleistungseinrichtung“	9
I. Die Dienstleistungsangebote der Handwerkskammern im Einzelnen	10
II. Die Angebote der Rechtsabteilungen	11
1. Exkurs: Der Begriff der Rechtsberatung / Rechtsdienstleistung	12
2. Die Rechtsberatung in der Praxis	14
3. Die Bereitstellung von Musterverträgen, Merkblättern und Durchführung von rechtlichen Veranstaltungen	17
4. Die Inkassotätigkeit	18
III. Der Umfang der Rechtsberatungen	19
IV. Die Inanspruchnahme der Beratungsleistungen	22
V. Die Hintergründe der Dienstleistungsangebote und die Erwartungshaltung der Mitglieder	23
VI. Zwischenergebnis	24

Inhaltsverzeichnis

B. Grundlagen und Aufgaben der Handwerkskammern	25
I. Historischer Abriss	25
1. Die Handelskammern als Vorläufer	25
2. Die Gründung der Handwerkskammern im Kaiserreich	27
II. Grundlagen	28
1. Die Handwerkskammern als Teil der funktionalen Selbstverwaltung	28
2. Die Mitglieder der Handwerkskammern und die Kammerfinanzierung	29
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Pflichtmitgliedschaft	31
III. Aufgabenbereich	33
1. Pflichtaufgaben	33
a) Interessenvertretung	34
b) Interessenförderung	35
c) Unterstützung der Behörden	37
2. Freiwillige Aufgaben	38
3. Die Rechtsberatung als legitime öffentliche Aufgabe?	38
IV. Zwischenergebnis	41
C. Gegenwärtige Konfliktpunkte zwischen den Handwerkskammern und der Anwaltschaft – Bisherige Lösungsansätze im Schrifttum und in der Rechtsprechung	42
I. Bezug zum Handwerksbetrieb	44
II. Eingrenzung des Adressatenkreises	45
III. Beschränkung der Rechtsgebiete	48
IV. Beratung bei Interessenkollision	49
V. Errichtung von Inkassostellen	50
VI. Begrenzung auf eine „Erstberatung“	52
D. Einordnung der bisherigen Lösungsansätze	54

Zweiter Teil: Die Entwicklungslinien des Rechtsberatungswesens	57
A. Das Rechtsberatungswesen bis zum Ende der Weimarer Republik	58
I. Der Rechtsberatungsmarkt unter dem Einfluss der Gewerbefreiheit	58
II. Die Folgen der Industrialisierung für das Rechtsberatungswesen	61
1. Die Gründung von Gewerkschaften	61
2. Die Gründung von Mietervereinen	63
III. Die Rechtsberatung durch die Handwerkskammern	64
1. Die Auskunftstellen, Einziehungsstellen und Handwerksämter	64
2. Hintergründe der Rechtsberatungstätigkeit der Handwerkskammern	67
a) Die Industrialisierung und die Folgen für das Handwerk	68
b) Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks	70
c) Die Rechtsberatung als Teil der Hilfe zur Selbsthilfe und als Präventionsmaßnahme	72
IV. Die Rolle der Anwaltschaft auf dem Gebiet der Rechtsberatung	73
1. Historischer Abriss	74
2. Die Stellung der Anwaltschaft zur „einfachen“ / einkommensschwachen Bevölkerung	77
3. Das distanzierte Verhältnis der Anwaltschaft zur Wirtschaft	78
4. Die Zugangshürden der Rechtsuchenden zur Anwaltschaft	80
5. Der Kampf der Anwaltschaft gegen die Konkurrenz	82
V. Zwischenergebnis	83

Inhaltsverzeichnis

B. Das Rechtsberatungswesen in der Zeit des Nationalsozialismus	84
I. Das Gesetz zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung (RBMG)	85
II. Die Intention des Gesetzgebers zum RBMG	86
III. Die Schaffung des Rechtsberatungsmonopols zugunsten der Anwaltschaft und ihre Hintergründe	88
IV. Die Erlaubnistatbestände des RBMG	91
1. Erlaubnistatbestand für die Handwerkskammern	91
2. Erlaubnistatbestand für die Gewerkschaften und Mietervereine	95
V. Zwischenergebnis	96
C. Das Rechtsberatungswesen nach dem Ende des Nationalsozialismus	97
I. Die Fortgeltung des RBMG	98
II. Die Anwaltschaft und ihr Rechtsberatungsmonopol nach 1945	100
1. Die Anwaltschaft innerhalb der Besatzungszonen	100
2. Die Anwaltschaft nach 1949	101
III. Die Rechtsberatungstätigkeit der Handwerkskammern nach 1945	103
1. Der Sinn und Zweck ihrer Rechtsberatung	105
2. Die gesetzlichen Grundlagen und die Rechtsprechung	106
IV. Der Rechtsberatungsbedarf innerhalb der Bevölkerung und die Rolle der Anwaltschaft	107
1. Die Vernachlässigung einkommensschwacher Mandate durch die Anwaltschaft	108
2. Die Vernachlässigung wirtschaftlicher Mandate durch die Anwaltschaft und ihre Folgen	109
a) Die Gründung der Lohnsteuerhilfvereine	109
b) Die gesetzlichen Grundlagen zur Rechtsberatung	111
V. Zwischenergebnis	112

D. Ergebnis	112
Dritter Teil: Zwischen dem Rechtsberatungsmonopol der Anwaltschaft und dem Zugang zum Recht	115
A. Die Anwaltschaft in der Gegenwart	116
I. Das Berufsbild und der Verfassungsstatus des Rechtsanwalts	116
II. Die Anwaltschaft und der Zugang zum Recht	119
1. Einordnung des Begriffs „Zugang zum Recht“	119
2. Das Problem der zunehmenden Verrechtlichung	121
3. Die Zugangsbarrieren der Rechtssuchenden zum Rechtsanwalt	123
a) Die Kostenangst und das Vertrauensverhältnis zum Rechtsanwalt	123
b) Das Bild des Anwalts als Gerichtsanwalt	126
c) Die Bedürfnisse der Rechtssuchenden	127
d) Das fehlende Wissen der Rechtssuchenden	129
4. Die Liberalisierung des Rechtsberatungsmarktes durch Einführung des RDG als Konsequenz?	130
a) Die Hintergründe zum RDG	131
b) Die Regelungszwecke des RDG	133
c) Die Liberalisierung des Rechtsberatungsmarktes durch das RDG	134
III. Das Rechtsberatungsmonopol der Anwaltschaft aus heutiger Sicht	136
1. Verbraucherschutz als Rechtfertigung für das Rechtsberatungsmonopol?	136
2. Die anwaltlichen Berufspflichten als Rechtfertigungsgrund?	137
a) Unabhängigkeit, Verschwiegenheits- und Sachlichkeitsgebot	138

Inhaltsverzeichnis

b) Keine Vertretung widerstreitender Interessen, Sorgfalt über Vermögenswerte und die Pflicht zur Fortbildung	139
IV. Zwischenergebnis	140
B. Gegenwärtige Entwicklungen zur Rechtsberatung durch die Handwerkskammern und der Anwaltschaft	142
I. Sinn und Zweck der Rechtsberatung durch die Handwerkskammern	143
1. Die Vertretung der Interessen des Handwerks	143
2. Die präventive Rechtsberatung	144
3. Die Rechtsberatung der Handwerkskammern als Teil einer interprofessionellen Beratung	146
4. Die Rechtsberatung als „Erstberatung“ und Orientierungshilfe	148
II. Das Zusammenspiel anwaltlicher und institutioneller Rechtsberatung?	151
III. Zwischenergebnis	154
C. Ergebnis	156
 Vierter Teil: Abschließende Würdigung und Resümee	 159
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	160
B. Folgen für die Grenzen der Rechtsberatungstätigkeit der Handwerkskammern	169
I. Handwerksbezug und Adressatenkreis	169
II. Keine Beschränkung auf eine „Erstberatung“ oder auf bestimmte Rechtsgebiete	172
III. Rechtsberatung bei einer (vermeintlichen) Interessenskollision	176
IV. Einrichtung von Inkassostellen	180
C. Resümee	182
 Literatur- und Materialienverzeichnis	 187